

# Kein Werben fürs Sterben!

Mit einer Waffenschau, Anwerbestelle, Erbsensuppe, Musik, fetzigen Events und netten Soldaten, die keine Kommissköpfe sind, präsentiert sich die Bundeswehr auf dem Hessentag. Das soll Auslandseinsätzen ein positives Image geben. Diese werden der Bevölkerung als Hilfe und Schutz für bedrängte Menschen verkauft.

**Militärische Gewalt und Krieg sind keine Lösung!**

Siehe Afghanistan: 13 Jahre Krieg und militärische Besetzung haben keine Sicherheit geschaffen, sondern Macht und Einfluss von Warlords und Taliban gestärkt, abertausende Opfer gefordert, darunter über

3500 westliche Soldaten, und das Elend der Masse der Menschen in Afghanistan vergrößert.



Um Hilfe geht es in Wirklichkeit nicht. Laut Richtlinien des Verteidigungsministeriums ist ein zentraler Auftrag der Bundeswehr, den „freien und ungehinderten Welthandel sowie den

**Keine Bundeswehr  
...auf dem Hessentag!  
...in Schulen und Jobcentern!**

freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen“. Geopolitische und wirtschaftliche Interessen sind weltweit durchzusetzen, wenn nötig mit Militär.

Für diese Machtpolitik wurde die Bundeswehr zu einer Profiararmee für Auslandseinsätze umgebaut und umgerüstet. Es sollen pro Jahr 35.000 freiwillige Soldaten verfügbar sein.

### **Die Werbetrommel wird auch in den Schulen gerührt**

In diesem Jahr macht die Bundeswehr ein verlockendes Angebot: ein kostenloser Tagesausflug zum Hessentag. In Schulen werden Preisausschreiben verteilt. Gewinn für eine Klasse: eine Woche Abenteuer bei der Bundeswehr.

Außerdem werden psychologisch geschulte Jugendoffiziere in den Unterricht geschickt. Sie sollen Jugendliche, auch Minderjährige, von der Macht-

politik überzeugen. Hier wird der Wunsch von Schülern nach einer besseren Welt ausgenutzt. Diese Indoktrination wird vom Kultusministerium mit einer „Kooperationsvereinbarung“ unterstützt.

Schließlich locken „Karriereberater“ mit Ausbildungsplätzen, Stipendien und relativ gutem Einkommen.

### **Soldat ist kein normaler Beruf**

Freiwillige müssen bereit sein, das Risiko auf sich zu nehmen, zu töten, getötet, körperlich und seelisch verletzt zu werden. Die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber: es gilt das System von Befehl und Gehorsam, es gibt kein Streikrecht.

Dagegen wehren sich Schüler, Eltern und Lehrer: in Südhessen haben drei Schulen ihre „Militärfreiheit“ beschlossen (in Heppenheim, Darmstadt, Offenbach). Auch in anderen Bundesländern gibt es solche Erfolge.

#### **Unterstützer:**

AG „Frieden und Internationale Politik“ in der LINKEN Hessen; Bundesausschuss Friedensratschlag; DIE LINKE – Landesverband Hessen, KV Bergstraße, KV Darmstadt, KV Darmstadt-Dieburg, KV Frankfurt, KV Odenwald; DFG-VK – Darmstadt, Hessen; DGB Darmstadt; DGB-Jugend Darmstadt; DKP – Frankfurt, Darmstadt-Bergstraße; Forum gegen Rüstungsexporte Bergstraße; Darmstädter Friedensforum; GEW Bezirksverband Frankfurt, Junge GEW Frankfurt; Metallischer Arbeitslosen Initiative Frankfurt (MAI); SDAJ Hessen; Linksjugend [solid] – Hessen, Darmstadt; dielinke.SDS Frankfurt; ver.di – Bezirk Südhessen, Frankfurt FB 3;

# Gegen Auslandseinsätze und Rüstungsexporte!

Dafür: über 70% der Bevölkerung.  
Dagegen: die Bundesregierung.

Auf der sogenannten Sicherheitskonferenz Anfang Februar traten Gauck, Steinmeier und von der Leyen gemeinsam dafür ein, dass Deutschland stärker in der Weltpolitik mitmischet. Es „soll sich früher, entschiedener, substantieller“ einbringen, auch militärisch. Das sei seine „Verantwortung“ als Wirtschaftsmacht.

## **Afrika – neues Einsatzgebiet**

Die Region südlich der Sahara birgt riesige Rohstoffschätze. In vielen Staaten dieses Gürtels hat Frankreich seinen Einfluss, auch nach der Kolonialzeit, abgesichert – wirtschaftlich und militärisch. Diese Kontrolle soll im Interesse der EU-Wirtschaft aufrechterhalten werden, gegen China, das in der jüngsten Zeit seine wirtschaftliche Position in Afrika massiv ausgebaut hat.

Deutsche Soldaten sind heute schon in diesem Gürtel vom Indischen Ozean bis zum Atlantik eingesetzt. In Mali und der Zentralafrikanischen Republik operieren sie als Teil von EU-Kampfeinsätzen, die von Frankreich geführt werden.

In Afrika beschleunigt sich der Aufrüstungs-Wettlauf, auch mit Waffen aus Deutschland.

## **Gesellschaftszerfall in afrikanischen Staaten...**

...ist ein Ergebnis der „Verantwortungspolitik“ der Großmächte

In den 90er Jahren haben IWF und Weltbank, in denen die reichen westlichen Wirtschaftsmächte das Sagen haben, insbesondere in Afrika bereits massiv - ohne Militär interveniert – mit „Strukturanpassungs-

programmen“. Damit wurden Armut und Elend der Masse der Menschen verschärft. Verantwortlich gefühlt haben sich die Großmächte für die Gläubiger: für Banken, Konzerne und Reiche. Ohne Öffnung der Märkte, ohne Privatisierung, ohne Abbau sozialer Leistungen hätten diese keine Schulden nachgelassen und für Kredite kein Geld mehr gegeben. Heute geschieht das Gleiche bei den EU-Staaten in Südeuropa und auch bei der Ukraine.

Die herrschenden Cliques in den afrikanischen Staaten haben sich diesem Diktat gebeugt. Auch für sie fielen dabei größere Brocken ab. Die Armen in diesen Ländern wurden aber jeglicher Sicherheit ihres Lebens beraubt: Entlassungen, Landraub und Abbau sozialer Unterstützung. Dieses Elend erleichtert es heute den

Machtcliques, Menschen, die immer zusammenleben konnten, gegeneinander zu hetzen.

Über diese „verantwortungsvollen“ Interventionen redet die Regierung nicht. Diese Politik wird jetzt mit militärischer Intervention fortgesetzt. Das heißt den Bock zum Gärtner machen. Doch mit Soldaten ist das erzeugte Elend nicht zu reparieren.

### **Frieden braucht soziale Sicherheit, militärische Gewalt zerstört weiter!**

Die wirtschaftlich starken Staaten des Westens haben 2013 mindestens 810 Milliarden Dollar (810.000.000.000) fürs Militär ausgegeben. Ein Bruchteil dieser Abermilliarden könnte helfen, das schlimmste Elend der Armen auf dieser Welt zu beseitigen.

**Nein zum Krieg!**

**Nein zur Militarisierung der EU!**

**Nein zur NATO!**

